

DIE REPUBLIK MOLDAU AM VERMEINTLICHEN ENDE EINES WAHLMARATHONS

NEUAUFLAGE DER ALLIANZ FÜR DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION UND WEITERHIN UNSICHERE PERSPEKTIVE

Holger Dix

Die in der Allianz für die Europäische Integration AIE vereinten Parteien konnten die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 28. November 2010 für sich entscheiden und damit eine Rückkehr der Kommunistischen Partei an die Regierung verhindern. Die Untiefen der politischen Krise und der Verfassungskrise des Landes konnten durch die Wahlen aber noch nicht verlassen werden. Erneut brachte das Wahlergebnis keine für die Wahl des Staatspräsidenten im Parlament notwendige Mehrheit. Wie schon im Juli 2009 und November 2010 drohen vorgezogene Neuwahlen.

ANHALTENDE IDENTITÄTSSUCHE

Seit ihrer Gründung im Jahr 1991 befindet sich die Republik Moldau auf einer politischen und geopolitischen Identitätssuche¹ mit wechselnden Orientierungen und anhaltenden politischen Krisen: eine Phase von politischer Instabilität (bis 2000), eine Phase der politischen Stabilität und Wiederannäherung an Russland in den ersten vier Jahren nach Rückkehr der Kommunistischen Partei in die Regierung (bis 2005), eine Phase der Annäherung an die Europäische Union unter kommunistischer Regierung bei gleichzeitig zunehmender staatlicher Repression sowie seit 2009 eine Phase der Ablösung der Kommunisten durch eine Koalition für die Europäische Integration mit



Dr. Holger Dix ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bukarest und leitet die Büros in Rumänien und der Republik Moldau.

1 | Siehe dazu ausführlich: Dan Dungaciu, *Moldova ante portas* (Bukarest, 2005).

einer entsprechenden europafreundlichen Politik, begleitet von einer fortgesetzten politischen Krise mit mehrfachen Neuwahlen ohne klärende Wahlergebnisse.

Auch die Identität der politischen Akteure bleibt in hohem Maße schleierhaft. So gebiert sich die Kommunistische Partei bei der Bedienung der eigenen Klientel als höchst kapitalistisch, demokratische Kräfte unterliegen dem Verdacht oligarchischer Interessen und vehemente Anti-

Die staatliche Einheit der Republik Moldau ist prekär. Schon unmittelbar nach der Staatsgründung spaltete sich der Landesteil Transnistrien ab.

kommunisten wurden zu Steigbügelhaltern der Kommunistischen Partei PCRM. Zudem ist die staatliche Einheit prekär. Schon unmittelbar nach der Staatsgründung der Republik Moldau spaltete sich ein Teil des Landes, der stärker industrialisierte und russischsprachig dominierte Landesteil Transnistrien, nach einem kurzen, bewaffneten Konflikt ab und bildete ein international nicht anerkanntes, separatistisches Regime. Der fortdauernde Transnistrien-Konflikt hat der moldauischen Regierung die Kontrolle über einen Teil ihres Territoriums entzogen und stellt eine Belastung sowohl für die Handlungsfähigkeit der Regierung als auch für die europäische Integration Moldaus dar. Ein weiterer Teil der Republik Moldau, die Autonome Territoriale Einheit Gagausien, hat sich seit 1990 zunächst als nicht anerkannte, eigenständige Gagausische Sozialistische Republik abgespalten und ist seit 1994 eine von der Republik Moldau anerkannte, autonome Region mit eigenem Parlament und eigener Regierung.

Kennzeichnend für das Land ist auch eine wechselnde Orientierung hinsichtlich der Anbindung an die Europäische Union und Russland, die in der Rückbetrachtung insgesamt eher durch Pragmatismus als durch Prinzipientreue geprägt zu sein scheint. Eine Annäherung an die EU findet derzeit in der Bevölkerung und parteiübergreifend eine breite Zustimmung. Die jetzige Regierung unter Federführung von Ministerpräsident Vlad Filat und Außenminister Iurie Leancă hat seit der Regierungsübernahme die Beziehungen zur EU intensiviert. Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen, das ein umfassendes Freihandelsabkommen einschließen soll, konnten aufgenommen und

erfolgreich vorangetrieben werden.² Unmittelbar nach dem Regierungsantritt wurden Einreisebeschränkungen gegenüber Rumänien aufgehoben, die von der PCR-M-Regierung im Zeichen der Unruhen vom April 2009 eingeführt worden waren. Noch kurz vor der Parlamentswahl im November 2010 konnte Ministerpräsident Filat ein Grenzmanagementabkommen mit Rumänien unterzeichnen.

Auf der anderen Seite übt Russland auch beinahe 20 Jahre nach der Erklärung der Unabhängigkeit der Republik Moldau einen wesentlichen Einfluss auf das Land aus, der je nach Verhalten der moldauischen Regierung die Form einer partnerschaftlichen Kooperation oder einer entschiedenen Intervention annehmen kann. Grundsätzlich begreift Russland die Republik Moldau als zugehörig zu einer exklusiven Einflusszone, in der sich auch die anderen Länder der Ex-Sowjetunion befinden. Die Hebel für diese Einflussnahme reichen vom Transnistrien-Konflikt über die Wirtschaftsbeziehungen und die Energieversorgung, den russischen Einfluss auf die Meinungsbildung über die Medien, die Russisch-Orthodoxe Kirche und die russische Minderheit im Land.³ Russland kooperiert eng mit der Regierung in Tiraspol und unterstützt diese politisch, finanziell, wirtschaftlich und militärisch. Gegen Transnistrien gerichtete Maßnahmen der moldauischen Seite führen zu Reaktionen Russlands wie etwa im März 2006, als die moldauische Regierung die Exporte von nicht in Chişinău registrierten transnistrischen Unternehmen blockierte und Russland daraufhin einen Importstopp für moldauischen Wein verhängte. Russland belässt seine Truppen und militärische Ausrüstung in Transnistrien, obwohl Moskau schon anlässlich des OSZE-Gipfels von Istanbul im Jahr 1999 deren Abzug zugesagt hatte. Überdies nutzt Russland seine Bedeutung als Absatzmarkt, um die Regierung der

Russland begreift die Republik Moldau als zugehörig zu einer exklusiven Einflusszone, in der sich auch die anderen Länder der Ex-Sowjetunion befinden.

2 | Vgl. dazu die Erklärungen der amtierenden Außenministerin Natalia German und des EU-Botschafters Dirk Schübel anlässlich der Konferenz „Republik Moldaus Zukunft in der Europäischen Union. Stand und Perspektiven der Annäherung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 16.11.2010 in Chişinău. Audiodatei unter: <http://kas.de/moldawien/de/publications/21313> [21.12.2010].

3 | Vgl. Radu Vrabie, „Relationship of the Republic of Moldova with the Russian Federation“, in: Foreign Policy Association und Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *The Foreign Policy of the Republic of Moldova (1998-2008)* (Chişinău 2010), 99-112.

Republik Moldau bei Bedarf unter Druck zu setzen, zuletzt erneut durch ein Importverbot von moldauischem Wein als Reaktion auf die Ankündigung des Interims-Präsidenten Mihai Ghimpu, den 28. Juni zum Gedenktag an die Sowjetische Besatzung zu machen.

ZERKLÜFTETE PARTEIENLANDSCHAFT, INSTABILE BÜNDNISSE

Die Parteienlandschaft der Republik Moldau zeichnet sich durch eine hohe Zahl von Parteien aus, die teilweise sehr kurzer Lebensdauer sind.⁴ Seit der Unabhängigkeit wurden insgesamt 104 Parteien registriert. Rechnet man jene Parteien heraus, die nur ihren Namen geändert haben, bleiben noch immer 77 unterschiedliche Gruppierungen, die in den vergangenen 20 Jahren um die Wählergunst von zuletzt ca. 2,9 Millionen Wahlberechtigten warben. Zu den Parteien mit realistischen Aussichten auf den Einzug ins Parlament zählten zuletzt die Demokratische Partei Moldaus, die Liberale Partei, die Allianz Unsere Moldau, die Liberaldemokratische Partei sowie die Kommunistische Partei der Republik Moldau PCRM.

Der Vorläufer der Demokratischen Partei Moldau, die „Sozialpolitische Bewegung für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldau (MpMDP), entstand 1997 und wurde im April 2000 in Demokratische Partei Moldaus (PDM) umbenannt. Die Partei beschreibt sich als sozialdemokratisch und sozialliberal, ist Mitglied in der Sozialistischen Internationalen und hat mit der Partei Einiges Russland ein Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen. In einem Wahlblock gelang der PDM bereits 1998 der Einzug ins Parlament, bei den vorgezogenen Neuwahlen von 2001 scheiterte die Partei mit einem Wahlergebnis von fünf Prozent an der Wahlhürde, deren Erhöhung von vier auf sechs Prozent sie vorher unterstützt hatte.⁵ Bei den Parlamentswahlen 2005 gelangte die PDM nach der Bildung eines Wahlblocks erneut mit insgesamt acht Abgeordneten ins Parlament. Als dann eigenständige Fraktion wählte die Partei gemeinsam mit den Christdemokraten

Die PDM beschreibt sich als sozialdemokratisch und sozialliberal. Sie ist Mitglied in der Sozialistischen Internationalen und hat mit der Partei Einiges Russland ein Abkommen zur Zusammenarbeit geschlossen.

4 | Vgl. Igor Volnitchi, *Istoria Partidelor din Republica Moldova* (Chişinău: 2010).

5 | Ebd., 88 ff.

(PPCD) und der Sozialliberalen Partei den kommunistischen Kandidaten Vladimir Voronin im Parlament zum Staatspräsidenten, um eine politische Blockade aufzuheben. Im Jahr 2007 kam es zu einem innerparteilichen Konflikt zwischen dem Parteivorsitzenden Dumitru Diacov und Vlad Filat, der daraufhin die PDM verließ und die Liberaldemokratische Partei Moldaus PLDM gründete. Bei den Parlamentswahlen vom April 2009 erreichte die PDM nur zwei Prozent der Stimmen und schaffte den Einzug ins Parlament nicht.

Mit dem Übertritt des ehemaligen Parlamentspräsidenten Marian Lupu von der Kommunistischen Partei zur PDM vor den Parlamentswahlen vom Juli 2009 gewann die Partei deutlich an Unterstützung. Allerdings waren die politischen Kosten für den Übertritt Lupus für die alte Garde der PDM hoch. Lupu forderte erfolgreich seine Wahl zum Parteivorsitzenden sowie die ersten fünf Listenplätze für „seine“ Kandidaten. Die Parlamentswahlen vom Juli 2009 brachten die PDM mit 13 Mandaten zurück ins Parlament, Marian Lupu wurde der Präsidentschaftskandidat der Allianz für die Europäische Integration (AIE).

Die Liberale Partei (PL) wurde 1993 unter dem Namen Reformpartei gegründet. Bis zum Jahr 2005 blieb sie bei Wahlen erfolglos, profitierte dann aber von der Entscheidung der Christdemokraten und der Sozialliberalen

Partei, nach den Parlamentswahlen im Jahr 2005 den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten Voronin in den Sattel zu heben, was bei diesen Parteien zur Abwanderung von Wählern führte. Die Partei stellte dann für die Wahl des Bürgermeisters der Hauptstadt Chişinău den erst 27 Jahre alten Juristen Dorin Chirtoacă auf, der insbesondere die junge, reformorientierte Bevölkerung ansprach. Chirtoacă konnte dann in der Tat im Jahr 2007 die Bürgermeisterwahl deutlich für sich entscheiden. Bei den Parlamentswahlen vom April 2009 wurde die PL auf einen Schlag die stärkste Oppositionskraft und gewann 15 Mandate. Bei den Wahlen im Juli konnte die Partei nochmals in der Stimmenzahl zulegen, blieb aber bei 15 Mandaten. Die Liberale Partei hat sich insbesondere bei den Wählern rumänisch-nationaler Orientierung angesiedelt und vertritt eine ausgeprägt liberale Programmatik. Auf europäischer Ebene orientiert sie sich an den Europäischen Liberalen.

Bei den Parlamentswahlen vom April 2009 wurde die liberale PL stärkste Oppositionskraft. Sie hat sich bei den Wählern rumänisch-nationaler Orientierung angesiedelt.

Die Liberaldemokratische Partei Moldaus (PLDM) wurde erst im Dezember 2007 gegründet. Vorsitzender wurde der heutige Premierminister Filat, der die Partei von Beginn an straff organisierte, mit Finanzmitteln ausstattete und erfolgreich in die Parlamentswahlen vom April 2009 führte, bei denen die PLDM aus dem Stand mit 15 Mandaten gemeinsam mit der PL stärkste Oppositionskraft wurde. Bei den Wahlen im Juli 2009 konnte die Sitzzahl bereits auf 18 vergrößert werden. Die PLDM strebte gleich nach ihrer Gründung eine Annäherung an die Europäische Volkspartei an und stellte einen Aufnahmeantrag, der zur Aufnahme der Partei als Beobachter führen wird.

Die Partei Allianz Unser Moldova (AMN) wurde im Jahr 1997 unter dem Namen Bürgerallianz für Reformen gegründet. Sie nahm 2001 unter dem Namen Demokratisch-Soziale Partei in einem Wahlbündnis an den Parlamentswahlen teil und zog mit 19 Mandaten ins Parlament ein. Nach den Wahlen löste sich das Bündnis auf und die Demokratisch-Soziale Partei nannte sich in Sozial-Demokratische Allianz Moldaus (ASDM) um. 2003 fusionierte die ASDM mit der Liberalen Partei und der Allianz der Unabhängigen zur neuen Allianz Unser Moldau (AMN). Bei den Parlamentswahlen 2005 trat die Partei in einem Wahlbündnis mit der PDM und der Sozialliberalen Partei als Wahlblock Demokratische Moldau (BMD) an und wurde mit 34 Mandaten stärkste Kraft nach den Kommunisten. Bei den Kommunalwahlen 2007 trat die Partei dann alleine an und stieg, trotz zwischenzeitlicher interner Probleme, zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes auf. Diese Position konnte sie jedoch bei den Parlamentswahlen vom April 2009 mit elf erlangten Mandaten nicht halten, was mit dem Aufkommen zweier neuer Parteien im Mitte-Rechts-Spektrum, der Liberalen Partei und der Liberaldemokratischen Partei Moldaus, zu erklären ist. Bei den Parlamentswahlen vom Juli 2009 erhielt die Partei nur noch sieben Sitze. Die AMN ist Beobachter in der Liberalen Internationalen.

2003 fusionierte die Sozial-Demokratische Allianz Moldaus mit der Liberalen Partei und der Allianz der Unabhängigen zur neuen Allianz Unser Moldau.

Die Kommunistische Partei der Republik Moldau (PCRM) wurde im Jahr 1994 gegründet und deklariert sich als Nachfolgepartei der in Zeiten der Sowjetunion in der Republik Moldau aktiven Kommunistischen Partei. Die erste Teilnahme der PCRM an Wahlen – den Kommunalwahlen

1995 – deutete mit Ergebnissen zwischen fünf und 15 Prozent das weiterhin für eine kommunistische Partei bestehende Wählerpotential an. Bei den noch als Direktwahl durchgeführten Präsidentschaftswahlen des Jahres 1996 erreichte der PCR-M-Kandidat Vladimir Voronin mit zehn Prozent der Stimmen immerhin das drittstärkste Ergebnis. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1998 konnte die PCR-M bereits 30 Prozent der Stimmen und 40 der 101 Mandate erreichen.

Der politische Durchbruch gelang den Kommunisten dann bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2001, die nach den gescheiterten Versuchen des Parlaments im Jahr 2000 folgten, im Parlament einen Präsidenten zu wählen. Die PCR-M erreichte diesen Wahlen 50,07 Prozent der Stimmen und 71 Mandate und hatte damit auch die für die Wahl des Staatspräsidenten notwendige Mehrheit. Im April 2001 wurde Vladimir Voronin im Parlament zum Staatspräsidenten gewählt. Die Verstimmungen zwischen der moldauischen Staatsführung und Russland in Folge eines von Voronin im letzten Augenblick abgelehnten russischen Vorschlags zur Lösung des Transnistrien-Konflikts (Memorandum-Kozak) kosteten die PCR-M dann aber bei den Wahlen 2005 Stimmen der pro-russischen Wahlbevölkerung. Voronin hatte nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch der Russen eine stärkere Annäherung Moldaus an die EU proklamiert. Bei den Parlamentswahlen 2005 wurde die PCR-M dennoch mit 56 Mandaten erneut stärkste Kraft, verlor aber die für die Wahl des Staatspräsidenten notwendige Mehrheit von 61 Mandaten. Die Wieder-

wahl Voronins zum Staatspräsidenten konnte nur durch die Stimmen der christdemokratischen Partei (PPCD), der Demokratischen Partei und der Sozialliberalen Partei erfolgen.

Zweifel an dem überraschend guten Wahlergebnis der Kommunisten führten zu Protesten und einer repressiven Reaktion des Staatsapparates.

Bei den Parlamentswahlen vom April 2009 konnten die Kommunisten ihr Ergebnis auf 49 Prozent und 60 Mandate verbessern, mussten sich aber Vorwürfe einer zunehmend autoritären Regierungsführung und Repression der Opposition gefallen lassen. Zweifel an dem überraschend guten Wahlergebnis der PCR-M führten zu gewalttätigen Protesten und deren Niederschlagung sowie einer repressiven Reaktion des Staatsapparates, welche zu einer Verringerung der gesellschaftlichen Unterstützung für die Partei und zu einem Zusammenrücken der Opposition führte.

UMSTRITTENE PARLAMENTSWAHL 2009

Im Jahr 2009 fanden gleich zwei Mal Parlamentswahlen statt. Mit den Wahlen vom 5. April 2009 verbanden die politische Opposition und ein großer Teil der jüngeren Bevölkerung des Landes die Hoffnung auf ein Ende der kommunistischen Regierungsführung. In den vergangenen Jahren hatten die Kommunisten einen Abwärtstrend zu verzeichnen, auf den die moldauische Opposition jetzt baute. Die Hoffnung der Oppositionskräfte zerplatzte dann aber mit der Verkündigung der ersten Wahlergebnisse. Nach Auszählung von 98 Prozent der Stimmen deuteten sich Sitzverhältnisse im Parlament an, die eine Alleinregierung der Kommunistischen Partei in den kommenden vier Jahren ermöglicht hätten. Die Kommunisten errangen demnach fast 50 Prozent der Stimmen, gefolgt von der Liberalen Partei um den Chişinău Bürgermeister Chirtoacă mit 13 Prozent, der Liberaldemokratischen Partei mit zwölf Prozent und die Allianz Unsere Moldau mit zehn Prozent. Damit wären die Kommunisten mit 61 von 101 Sitzen in der Lage gewesen, einen Nachfolger für den amtierenden kommunistischen Staatspräsidenten Voronin zu wählen, der aufgrund der Verfassung kein weiteres Mandat bekommen konnte.

Die Unzufriedenheit mit der Wiederwahl der Kommunisten und der Entwicklung des Landes entlud sich in Protesten mehrheitlich junger Moldawier.

Im Anschluss an die Wahl kam es am 7. April in Chişinău zu einer Demonstration mehrheitlich junger Menschen, die so ihrer Unzufriedenheit mit der Wiederwahl der Kommunisten und mit der Entwicklung ihres Landes Ausdruck verliehen. Die Demonstration verlief zunächst friedlich, führte dann aber zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und einer für die moldauische Gesellschaft schockierenden Erfahrung. Der moldauische Staat und die Politiker schienen mit der Situation überfordert und reagierten zunächst verunsichert, die politischen Spannungen nahmen zu. Die anfangs ausbleibende Reaktion der staatlichen Autoritäten, eine fehlende Protestkultur, das unklare Ziel der Demonstrationen sowie eine wahrscheinliche Manipulation von Demonstranten führten dann sogar zur Besetzung und teilweisen Zerstörung des Parlamentsgebäudes und des Präsidialamtes. Für die Gewalttaten machte die Regierung die Opposition und das Ausland (Rumänien) verantwortlich. Die Opposition beschuldigte wiederum die Regierung,

die Demonstrationen durch eingeschleuste Agenten in gewalttätige Ausschreitungen verwandelt zu haben. Die Staatsgewalt reagierte nach erstem Zögern repressiv.⁶ Noch in der Nacht wurden Demonstranten festgenommen, in den folgenden Tagen gab es eine Welle von Verhaftungen, unter anderem auch von Journalisten. Insgesamt starben vier Menschen im Zusammenhang mit den gewaltsamen Ausschreitungen und der darauf folgenden staatlichen Repression. Gegen Rumänien, das der moldauische Präsident der Beteiligung an einem angeblich beabsichtigten Staatsstreich bezichtigte, wurde unter Bruch von Vereinbarungen mit der EU ein Visumszwang eingeführt. Der rumänische Botschafter in Chişinău wurde ausgewiesen. Staatspräsident Voronin nannte anschließend die Bemühungen Rumäniens, die Moldau an die EU heranzuführen, degradierend.

Der moldauische Präsident bezichtigte Rumänien der Beteiligung an einem angeblich beabsichtigten Staatsstreich. Unter Bruch von EU-Vereinbarungen wurde ein Visumszwang eingeführt.

Das tatsächliche Ergebnis der Wahlen vom 5. April reichte für die PCRM, um die neue Regierung zu bilden. Die für die Wahl des Staatspräsidenten im Parlament benötigte Sitzzahl von 61 Mandaten wurde aber um ein Mandat verfehlt. Es gelang der PCRM dann anschließend nicht, die ihr fehlende Stimme aus den Reihen der Opposition zu erhalten. Die damals drei Oppositionsparteien – die Liberaldemokratische Partei Vlad Filats (PLDM), die Allianz Unsere Moldau (AMN) und die Liberale Partei (PL) – bildeten eine geschlossene Front gegen die neuerliche Wahl eines Staatsoberhauptes aus den Reihen der PCRM. Nach dem Scheitern der Präsidentschaftswahlen mussten Neuwahlen angesetzt werden, die für den 27. Juli 2009 festgelegt wurden.

MODUS DER PRÄSIDENTENWAHL FÜHRT ZU POLITISCHER UND KONSTITUTIONELLER KRISE

Ursächlich für die politische Krise ist – neben den in der Tat komplizierten Wahlergebnissen und der mangelnden Fähigkeit der Abgeordneten, damit zu arbeiten – der Wahlmodus der Staatspräsidenten im Parlament. Seit einer Verfassungsänderung vom Juli 2000 ist das Regierungssystem der Republik Moldau eine parlamentarische

6 | Vgl. Mihnea Berindei und Arielle Thedrel: „Moldavie, La fin de l'ère Voronine“, in: *politique internationale* 125 (2009), 249-261.

Demokratie, die das vorherige semipräsidentiale System ablöste. Diese Verfassungsänderung stärkte das Parlament und schwächte den Präsidenten, der nicht mehr direkt, sondern im Parlament gewählt wird. Der Staatspräsident behielt zwar eine deutlich über repräsentative Aufgaben hinausreichende Funktion, es wurden aber einige seiner Prärogativen abgeschafft, darunter die Möglichkeit, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen und diese zu leiten. Die weiterhin bestehenden Zuständigkeiten wie die Benennung des Regierungschef (der dann im Parlament bestätigt wird), das Recht zur Gesetzesinitiative sowie die Funktion des obersten Befehlshabers der Streitkräfte verleiht dem Amt aber ein Gewicht, dem durch die hohe Wahlhürde im Parlament Rechnung getragen wird. Demnach wird der Staatspräsident mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit (61 Mandate) der Gesamtzahl der Abgeordneten des Parlaments (101 Mandate) gewählt. Scheitert die Wahl im ersten Durchgang, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den ersten beiden Kandidaten des ersten Wahlgangs. Ergibt sich auch dabei keine ausreichende Mehrheit, müssen das Parlament aufgelöst und Neuwahlen durchgeführt werden.

Bereits der erste Versuch im Dezember 2000, den Staatspräsidenten im Parlament zu wählen, misslang.⁷ Bei den dann notwendig gewordenen Neuwahlen vom 25. Februar 2001 gelangten die Kommunisten mit 71 Mandaten zurück an die Macht. Bei den Parlamentswahlen vom 6. März 2005 erreichte die Kommunistische Partei dann schon keine für die Wahl des Staatspräsidenten am 4. April 2005 ausreichende Mandatszahl mehr. Um die Blockade zu lösen, stimmten Teile der Opposition für den Kandidaten der Kommunisten und begaben sich dadurch nicht nur für viele westliche Beobachter, sondern auch für die moldauische Wählerschaft ins politische Abseits. Fatal war diese Entscheidung für die Christdemokraten unter Iurie Roșca, die das damals verlorene gegangene Vertrauen der Bevölkerung nicht wieder gewinnen konnten und seither dreimal den Einzug ins Parlament verpassten.

Teile der Opposition stimmten 2005 für den Präsidentschaftskandidaten der Kommunisten und begaben sich dadurch ins politische Abseits. Die Christdemokraten verpassten seither dreimal den Einzug ins Parlament.

7 | Vgl. Ghenadie Vaculovschi und Norbert Neuhaus, „Dezideratul reformei constitutionale in republica Moldova“, in: IDRAD (Hrsg.), *Aspecte prioritare* (Chișinău: 2010).

ABLÖSUNG DER KOMMUNISTEN BEI DER NEUWAHL VOM JULI 2009

Die erforderlichen Neuwahlen am 29. Juli 2009 führten zur Ablösung der Kommunistischen Partei von der Regierung.⁸ Der Wahlkampf war extrem hart geführt worden, mit Anschuldigungen der beiden Lager (KP und Opposition) hinsichtlich der gewalttätigen Ausschreitungen im April 2009. Die Massenmedien wurden stark von der Kommunistischen Partei kontrolliert. Insgesamt erhielten die Oppositionsparteien (PLDM, PL, PD und AMN) durch diese Ereignisse jedoch deutlichen Auftrieb, erzielten mit 53 Mandaten die Mehrheit und konnten, zusammengeslossen in der Allianz für die Europäische Integration AIE, die Regierung bilden.

Die Oppositionsparteien erhielten 2009 deutlichen Auftrieb, erzielten die Mehrheit und konnten, in der Allianz für die Europäische Integration, die Regierung bilden.

Die PCRM erhielt nur noch 48 Mandate. Von den vorher im Parlament sitzenden Parteien gelangten die Liberaldemokraten mit 18 Sitzen, die Liberalen mit 15 Sitzen und die Allianz unser Moldova mit 7 Sitzen ins Parlament. Die sozialdemokratisch orientierte Demokratische Partei Moldau, die 13 Mandate erhielt, zog wieder ins Parlament ein. Premierminister der neuen Regierung wurde Vlad Filat, Vorsitzender der PLDM, Parlamentspräsident Mihai Gimpu, Vorsitzender der PL, und Kandidat für die Wahl des Staatspräsidenten Marian Lupu, Vorsitzender der DPM. Die wesentlichen Ziele der Allianz wurden die Wiederherstellung des Rechtsstaates, die Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Krise, die Förderung von Dezentralisierung und lokaler Autonomie, die Lösung des Transnistrien-Konfliktes und die Europäische Integration.

Das Wahlergebnis löste das Dilemma der notwendigen Mehrheit für die Präsidentenwahl jedoch erneut nicht. Für die Wahl benötigte die Allianz acht Stimmen von der PCRM, die sie bei keinem der Wahlgänge erreichte.

8 | Vgl. dazu insbes. Hans Martin Sieg, „Machtwechsel in der Krise“, *KAS-Länderbericht*, 07.10.2009, <http://kas.de/rumaenien/de/publications/17774> [21.12.2010].

VERFASSUNGSDISKUSSION UND GESCHEITERTES REFERENDUM

Im Anschluss an diese Wahl begann eine Diskussion um eine notwendige Verfassungsänderung mit Lösungsvorschlägen, die von der Änderung des Modus zur Wahl des Staatspräsidenten im Parlament über die Einführung einer Direktwahl des Präsidenten bis hin zu einer umfassenden Verfassungsreform reichten.⁹ Die PCRM reichte im März einen Antrag auf Verfassungsänderung ein, der an der Parlamentswahl des Präsidenten festhält, aber das Quorum in einem dritten Wahlgang auf die absolute Mehrheit senken würde. Die PCRM hatte sich damit geschickt den einfachsten und zugleich naheliegendsten Reformvorschlag zu eigen gemacht. Die Regierungskoalition tat sich aber schwer, den Vorschlag des politischen Gegners aufzugreifen, zumal die Zuverlässigkeit der Kommunisten bei der Abstimmung im Parlament bezweifelt wurde.

Innerhalb der Allianz für die Europäische Integration war es besonders die Demokratische Partei, die eine Direktwahl des Präsidenten befürwortete.

Innerhalb der AIE war es besonders die sozialdemokratisch orientierte Demokratische Partei (PDM), die eine Direktwahl des Präsidenten befürwortete. Ihr Vorsitzender Marian Lupu, der bereits im Dezember Präsidentschaftskandidat der Koalition war, hätte aufgrund seiner Popularität keine schlechte Ausgangsposition bei einer unmittelbaren Wahl des Staatsoberhauptes gehabt. Bereits die Aussicht auf eine Direktwahl des Präsidenten und ein damit politisch aufgewertetes Amt weckte das Interesse der Koalitionspartner, selbst zu kandidieren – auch das des Premierministers. Das in der Regierungskoalition ohnehin angespannte Arbeitsklima verschlechterte sich aufgrund dieses sich anbahnenden Konkurrenzkampfes weiter.

Die Koalition entschied sich letztendlich trotz dieser Risiken für die Durchführung eines Referendums mit dem Ziel, die Direktwahl des Staatspräsidenten einzuführen. Im auf den 5. September 2010 datierten Referendum sprachen sich tatsächlich über 90 Prozent der Wähler für die Änderung der Verfassung aus. Dennoch scheiterte das Referendum,

9 | Vgl. dazu Hans Martin Sieg, „Die Republik Moldau in der Verfassungskrise“, *KAS-Länderbericht*, 23.04.2010, <http://kas.de/moldawien/de/publications/19419> [21.12.2010].

weil das Quorum von einem Drittel der Wahlberechtigten knapp nicht erreicht wurde. Die Kommunistische Partei hatte im Vorfeld des Referendums zum Boykott aufgerufen und konnte ihre Wähler damit offensichtlich überzeugen: Exit-Polls in Chişinău wiesen darauf hin, dass vor allem Anhänger der Kommunisten dem Referendum fernblieben. Aufgrund des Scheiterns löste der amtierende Staatspräsident das Parlament auf und legte Neuwahlen für den 28. November 2010 fest – die dritten Parlamentswahlen seit April 2009.

Im Anschluss an das gescheiterte Referendum löste der Staatspräsident das Parlament auf und legte Neuwahlen für November 2010 fest – die dritten Parlamentswahlen seit April 2009.

RICHTUNGSWAHL 2010

Die Ausgangsbedingungen der Regierungskoalition für die Parlamentswahlen waren durchwachsen. In einer vom Institut für Öffentliche Politik in Auftrag gegebenen, im Oktober und November 2010 durchgeführten Meinungsumfrage gaben über 60 Prozent der Befragten an, dass sie glauben, das Land befinde sich auf einem schlechten Weg. Nur 24 Prozent fanden den Weg gut.¹⁰ Der Grad der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit der politischen Führung des Landes ergab alarmierend schlechte Ergebnisse. So waren fast 74 Prozent der Befragten mit der Gesundheitsversorgung nicht zufrieden, 85 Prozent nicht mit der Entwicklung der Arbeitsangebote, 78 Prozent nicht mit der Rentenentwicklung, 80 Prozent nicht mit der Korruptionsbekämpfung und 85 Prozent nicht mit den Gehältern.¹¹ Die Arbeit der Regierung unter Premierminister Vlad Filat bezeichneten drei Prozent der Befragten als sehr gut, 20 Prozent als ziemlich gut, 35 Prozent als weder gut noch schlecht, 20 Prozent als schlecht und zehn Prozent als sehr schlecht.

In der Tat war die Regierungsbilanz der AIE durchwachsen. Allerdings waren die Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Regierungsführung sehr ungünstig. Premier Filat hatte von den Kommunisten eine im freien Fall befindliche Wirtschaft mit einem negativen Wachstum von -6,5 Prozent

10 | Vgl. Institutul Politici Publice (Hrsg.), *Barometrul Opiniei Publice* (Chişinău: November 2010).

11 | Angaben für ‚überhaupt nicht zufrieden‘ und ‚nicht sehr zufrieden‘ wurden zusammengefasst. Weitere Antwortmöglichkeiten waren ‚ziemlich zufrieden‘ und ‚sehr zufrieden‘.

geerbt. Die staatlichen Institutionen waren personell aufgebläht und von mäßig ausgebildeten, schlecht bezahlten und teilweise reformresistenten Mitarbeitern besetzt.¹² Der internationale Kontext der Regierungsübernahme war von der Wirtschaftskrise der EU-Staaten und ein um stärkeren Einfluss in der Region bemühtes Russland geprägt. Die nach den gescheiterten Versuchen der Wahl des Staatspräsidenten im Parlament drohenden Neuwahlen erschwerten zudem eine auf mittel- und langfristige Wirkungen ausgerichtete Regierungsarbeit. Dennoch konnte die Regierung einige beachtliche Erfolge erzielen, zu denen die Wiederaufnahme der Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds sowie intensive und erfolgreiche Verhandlungen mit der EU hinsichtlich der weiteren Heranführung des Landes an Europa und finanzielle Unterstützung zählten. Die Wirtschaft konnte stabilisiert werden, das Haushaltsdefizit wurde von 6,8 Prozent im Jahr 2009 auf voraussichtlich vier bis 4,5 Prozent im Jahr 2010 zurückgeführt. Keine oder nicht ausreichende Fortschritte wurden jedoch bei den notwendigen Reformvorhaben im Justizwesen, der Öffentlichen Verwaltung und bei der Sicherung des wirtschaftlichen Wettbewerbs erzielt.¹³ Zudem zeigte die Regierungskoalition von Beginn an Züge eines Zweckbündnisses mit einem überschaubaren Maß an gemeinsamen politischen Zielen und nicht ausreichenden Instrumenten der koalitionsinternen Abstimmung.

Die Regierungskoalition zeigte von Beginn an Züge eines Zweckbündnisses mit wenig gemeinsamen politischen Zielen und unzureichenden Instrumenten der koalitionsinternen Abstimmung.

Vielleicht auch angesichts der unsicheren Aussichten für einen Wahlerfolg entschloss sich die Regierungskoalition im Juni zu Änderungen des Wahlrechts, die einige Vorteile für kleinere Parteien brachten und somit grundsätzlich im Verdacht standen, gegen die PCRM gerichtet zu sein. Dazu zählte die Reduzierung der Wahlhürde für Parteien von sechs auf vier Prozent und die Veränderung der Aufteilung der Stimmen für Parteien und Bündnisse, die die Wahlhürde nicht überspringen konnten. Diese Verteilung wurde vorher proportional durchgeführt, was

12 | Vgl. Expert Grup, Moldova Economic Growth Analysis (Analiza Creșterii Economice în Moldova), Dezember 2010, <http://expert-grup.org/?en> [21.12.2010].

13 | Vgl. dazu Igor Boțan: „Anul politic 2010“ (Political year 2010), 31.12.2010, in: <http://http://e-democracy.md/en/monitoring/politics/comments/political-year-2010> [03.01.2011].

die stärkeren Parteien begünstigte, und erfolgte bei den Wahlen vom Juli erstmals als gleiche Verteilung unter den ins Parlament einziehenden Parteien. Die Formierung von Wahlbündnissen wurde wieder zugelassen und das Verbot der Kandidatur von Personen mit mehrfacher Staatsangehörigkeit aufgehoben.

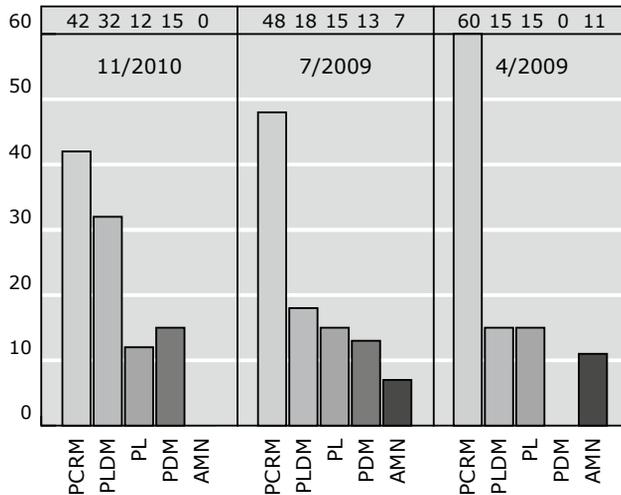
Zu den Wahlen im November 2010 traten 20 Parteien und 20 unabhängige Kandidaten an. Am Wahlabend deuteten die Prognosen zunächst auf einen großen Erfolg der Allianz für die Europäische Integration hin. Zwei Umfrageinstitute hatten sie als deutlichen Wahlsieger vorhergesagt. Eines der beiden Institute (IRES) sah die Liberaldemokratische Partei von Premierminister Filat sogar mit einem Vorsprung von fast neun Prozent als stärkste Partei vor den Kommunisten. Wie sich dann schon bei den Hochrechnungen andeutete, wichen diese Prognosen allerdings um bis zu 16 Prozent von Zahlen ab, die die Wahlbehörde als amtliche Ergebnisse am nächsten Tag veröffentlichte.

Nach dem amtlichen Endergebnis wurde die Kommunistische Partei (PCRM) mit 39,3 Prozent der Stimmen und 42 Mandaten erneut stärkste Kraft. Die Liberaldemokraten verbesserten ihr Ergebnis mit 29,4 Prozent der Stimmen und 32 Mandaten deutlich und wurden zweitstärkste Fraktion, die Demokratische Partei (Sozialdemokraten) erhielt 12,7 Prozent und 15 Mandate und die Liberale Partei zehn Prozent und zwölf Mandate. Die Allianz Unsere Moldau, bisher Mitglied in der Allianz für die Europäische Integration, schaffte mit nur zwei Prozent der Stimmen nicht mehr den Einzug ins Parlament. Enttäuschend war das Ergebnis der Christdemokratischen Volkspartei PPCD, die mit nur 9.054 Stimmen und 0,5 Prozent einen weiteren Tiefpunkt in der Wählergunst hinnehmen musste.

Enttäuschend war das Ergebnis der Christdemokratischen Volkspartei, die mit 0,5 Prozent einen weiteren Tiefpunkt in der Wählergunst hinnehmen musste.

Die AIE, deren Fortbestehen allerdings fraglich war, verfehlte mit 59 Sitzen nur knapp die für die Wahl des Staatspräsidenten notwendigen 61 Sitze.

Abb. 1

Entwicklung der Mandatszahlen

Quelle: Alegeri parlamentare în Republica Moldovaen, Asociația pentru Democrație Participativă (ADEPT), <http://e-democracy.md/elections/parliamentary> [03.01.2011].

Der Vergleich mit den beiden Wahlergebnisse des Jahres 2009 zeigt den stetigen Abwärtstrend der Kommunistischen Partei (PCRM) von 60 Mandaten im April 2009 auf 42 bei den jetzigen Wahlen. Auffällig ist ebenso die stetige Zunahme von Mandaten der Liberaldemokraten (PLDM), die inzwischen von der Europäischen Volkspartei unterstützt wird. Von 15 Mandaten im April 2009 verbesserte sie sich auf nunmehr 32.

SCHWIERIGE KOALITIONSBILDUNG UND WEITERHIN UNSICHERE REGIERUNGSPERSPEKTIVE

Die Koalitionsbildung war nach den Wahlen zunächst offen. Möglich war eine Fortsetzung der AIE mit einer Regierungsbildung aus PLDM, PDM und PL. Allerdings war fraglich, ob es für eine solche Koalition eine ausreichende Vertrauensbasis insbesondere zwischen dem PLDM-Vorsitzenden Filat und dem PDM-Vorsitzenden Lupu gab.

Möglich wäre auch eine Koalition von Demokratischer Partei und Kommunistischer Partei gewesen, die gemeinsam eine für die Regierungsbildung ausreichende Mehrheit gehabt hätten. Für die Bildung einer solchen Koalition sprach, dass

Lupu bis zum Jahr 2009 Mitglied der PCRM war, also keine Berührungängste mit den Kommunisten hatte. Die PCRM hatte Lupu überdies in Verhandlungen die Position des Staatspräsidenten und seiner Partei die Position des Ministerpräsidenten angeboten. Eine Koalition zwischen PDM und PCRM hätte zudem sehr im Interesse Russlands gelegen. Als Ausdruck dieses Interesses entsandte Russland den Leiter des Präsidialamts, Serghei Nariskin, und bot als Anreiz für eine PDM-PCMR-Koalition unter anderem reduzierte Gaspreise, den ungehinderten Export moldauischer Weine und Agrarprodukte nach Russland und sogar Lösungsvorschläge für den Transnistrien-Konflikt an.¹⁴

Auch die Europäische Union zeigte während der Koalitionsverhandlungen Präsenz. EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek reiste eigens nach Chişinău und machte damit auch das Interesse der EU an der Koalitionsbildung und an guten Beziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau deutlich. Auch die deutsche Bundesregierung wurde, wie schon mehrfach im Jahr 2010, aktiv und entsandte Werner Hoyer, den Staatsminister im Auswärtigen Amt, inmitten der Koalitionsgespräche nach Chişinău, was dort als deutlicher Ausdruck eines deutschen Interesses an einer proeuropäischen Koalitionsbildung verstanden wurde.¹⁵

Der Besuch von Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, inmitten der Koalitionsgespräche wurde als Ausdruck großen Interesses an einer proeuropäischen Koalitionsbildung verstanden.

Beide Koalitionen hätten aber nicht die für die Wahl des Staatspräsidenten notwendige Stimmenzahl im Parlament. Diese Mehrheit wäre nur durch eine Koalition von Kommunisten mit den Liberaldemokraten entstanden, die aber wenig wahrscheinlich war und von Premier Filat schnell ausgeschlossen wurde. Theoretisch möglich, aber demokratisch zweifelhaft wäre zudem eine Allparteienkoalition gewesen, die dann ohne Opposition regiert hätte.

14 | Vgl. „Republica Moldova: Moscova promite ieftinirea gazelor, daca PD face alianta cu PCRM“, *HotNews.ro*, 11.12.2010, in: <http://hotnews.ro/stiri-international-8119587-republica-moldova-moscova-promite-ieftinirea-gazelor-daca-face-alianta-pcrm> [23.12.2010].

15 | Vgl. u.a. „Germania manifestă un interes real pentru Republica Moldova“, 22.12.2010, *Mediafax*, in: <http://arena.md/?go=news&n=2294> [23.12.2010].

Nach einem Monat mühsamer Koalitionsverhandlungen einigten sich PLDM, PDM und PL schließlich doch noch auf eine Fortsetzung der Allianz für die Europäische Integration. Die Demokratische Partei hatte bis zum Abschluss des Koalitionsabkommens auch mit den Kommunisten verhandelt und ihre zur Mehrheitsbildung wesentliche Verhandlungsposition leidlich ausgenutzt.

Am 30. Dezember 2010 wurde Marian Lupu mit den Stimmen der Allianz zum Parlamentspräsidenten gewählt und übernahm damit auch vorübergehend die Funktion des Staatspräsidenten. Nach Interims-Präsident Ghimpu (bis 28. Dezember 2010) und Interimspräsident Vlat Filat, der als Premierminister das höchste Staatsamt übernahm, nachdem das Mandat von Ghimpu am 28. Dezember abgelaufen war, wurde Lupu der dritte Übergangspräsident innerhalb von drei Tagen. In dieser Funktion beauftragte er Vlad Filat mit der Bildung eines Kabinetts und der Erarbeitung eines Regierungsprogramms, über das am 14. Januar 2011 im Parlament abgestimmt wurde.

Die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt die dominierende Stellung der Liberaldemokratischen Partei, die den Premierminister und sieben weitere Minister stellt.

Die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt die dominierende Stellung der Liberaldemokratischen Partei, die neben dem Premierminister sieben weitere Minister stellt, darunter die Minister für Inneres, den Außenminister, den Finanzminister, den Justizminister sowie den Bildungsminister. Jeweils fünf Ministerposten (einschließlich Vizepremier) gehen an die Koalitionspartner. Gemäß der getroffenen Absprache zwischen den Koalitionspartnern soll der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Marian Lupu, zum Staatspräsidenten gewählt werden. Er soll dann in seinem Amt als Parlamentspräsident durch den Vorsitzenden der Liberalen Partei, Mihai Ghimpu, ersetzt werden.

Ob diese Koalition wetterfest ist und damit eine Aussicht auf ein Ende der politischen Krise des Landes erreicht wurde, ist ungewiss. Das Gelingen der Neuauflage der AIE wird nur dann möglich sein, wenn dieses – anders als bisher – von allen Koalitionspartnern mit politischem Willen und Geschick als prioritäres Ziel verfolgt wird. Im geopolitischen, politischen und wirtschaftlichen Kontext des Landes mangelt es jedenfalls nicht an Herausforderungen, die ein schnelles Ende der Koalition bewirken könnten.

Für die Wahl des Staatspräsidenten im Parlament, deren Scheitern zu erneuten Parlamentswahlen führen würde, fehlt der Koalition die Mehrheit. Für eine erfolgreiche Wahl des Präsidenten bieten sich drei Szenarien an:

1. Es gelingt der AIE, zwei Abgeordnete der Kommunistischen Partei zu überzeugen, für Marian Lupu zu stimmen, den Kandidaten der AIE.
2. Die AIE einigt sich mit der PCRM auf die Wahl Lupus als Staatspräsident, macht dazu Zugeständnisse an die Kommunisten oder baut auf der begründeten Sorge der PCRM auf, bei vorgezogenen Wahlen eher noch mehr Abgeordnete zu verlieren.
3. Die Koalition umgeht die Wahl des Staatspräsidenten im Parlament durch einen erneuten Vorstoß zur Änderung des Wahlmodus.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit den Wahlversuchen in den vergangenen Jahren ist von Prognosen hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Präsidentenwahl abzuraten.

Einen weiteren Risikofaktor bilden die im Sommer anstehenden Kommunalwahlen, die ohne Zweifel ein Stressfaktor für den Zusammenhalt der Koalition sein werden. Die vor den Parlamentswahlen vom November 2010

erkennbare, deutliche Verschlechterung des Arbeitsklimas in der Koalition – es ging neben der Parlamentswahl auch um die Positionierung für eine mögliche Direktwahl des Staatspräsidenten nach dem Referendum – lässt auch für die Kommunalwahl und hier insbesondere für den Wahlkampf um die wichtige Position des Bürgermeisters der Hauptstadt Chişinău nichts Gutes erwarten. Schon jetzt haben alle drei Koalitionspartner angekündigt, einen eigenen Kandidaten aufstellen zu wollen.

Die vor den Parlamentswahlen vom November erkennbare Verschlechterung des Arbeitsklimas in der Koalition lässt auch für die Kommunalwahl nichts Gutes erwarten.

Nicht zuletzt könnten auch wirtschaftliche Interessen politischer Akteure einen Stressfaktor für die Koalition bilden. Im neuen Parlament sitzt eine auffällig große Zahl von Unternehmern, die ihre beruflichen Erfahrungen hoffentlich einsetzen werden, um auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln hinzuwirken.

Allerdings gibt es auch Befürchtungen, dass einige Unternehmer aus handfesten persönlichen Wirtschaftsinteressen in die Politik eingestiegen sind und es damit auch zu privatwirtschaftlichen Interessenkonflikten innerhalb der Koalition kommen könnte.

Alle diese Risiken lassen befürchten, dass die politische Krise des Landes noch nicht überwunden ist. Die westlichen Partner des Landes wären daher gut beraten, die politische Entwicklung weiter genau zu beobachten und weiter im Sinne der Förderung von Demokratie und einer guten Regierungsführung darauf hinzuwirken, dass die jetzige Regierung für ein volles Mandat von vier Jahren im Amt sein wird.